



Die Wirtschaft hat sich seineswegs gebessert. Eine Aufschwungslinie in keiner Weise hat, wenn man von ganz geringfügigen Besserungserscheinungen absieht. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich fast nur in dem isolierten Rahmen vermindert. Der Zahnabbau hat also für die Gewerkschaft sehr kleine Erfolge, sondern große Schwierigkeiten mit sich gebracht. Diese liegen vor allem in der Verschärfung von Rauhstahl, in der Verkürzung der Steuerfreiheit und anderen sozialpolitischen Folgerungen.

Wenn die deutschen Unternehmer und mit ihnen die deutsche Regierung aus diesem Käferkasten die notigen Schlüsse ziehen wollten, so müßte sie sich von dem gewohnten Zwischenstand nicht möglich abwenden. Aber das Eigentliche ist der Zoll. An den Unternehmensblättern wird seit Wochen ein zweiter Zahnabbau als dringend notwendig hingestellt. Sie schlußfolgern, daß die Zahnabbausätze nicht viel genau genug wären und durch die Gewerkschaften und die Zahlungsbuchhaltung eine Verkürzung verhindert werden. Das Sogenannte braucht für einen sozialistischen Gewerkschaftsleiter, als Ausdruck seiner Meinung, hier nicht mehr gebraucht werden. Hier liegt eine außerordentlich große Gefahr. Bei der allgemeinen Befreiungsgesinnung, die im Volke herrscht, ist man leicht geneigt Vorsungen für gut zu befinden, die das Eigentliche beseitigen.

Man mußte nun geziert sein, welchen Standpunkt die deutsche Regierung in diesen Unternehmensstreit einnahm. Der Reichsarbeitsminister Erich Grawinkel hat jetzt einen Abordnung der sozialistischen Gewerkschaften gefasst, daß er eine zweite allgemeine Zahnabbausatz ausgesetzt und währenddessen Gründen für untragbar halte. Auch der Gewerkschaftsminister hat vor wenigen Tagen in einer Rede ausgegeben, daß die Aktion für den Gehalts- und Zahnabbau nicht das gebraucht habe, was man von ihr erwartete. Am Eigentlichen sei der Zoll der Reichsregierung dadurch in Unordnung geraten.

Nach dieser Ausgehungung verantwortlicher Regierungsvertreter kommt man der Meinung sein, daß die Regierung einen neuen Angriff auf die Lohn- und Gehaltsfrage nicht unterlässt. Tatsächlich sollte sie tatsächlich dagegen wenden. Die Entwicklungen waren zu groß, um auflegende Äußerungen allzuviel zu geben. Die Gewerkschaften werden einem zweiten Zahnabbau den härtesten Widerstand entgegensetzen. Zahnabbau bedeutet Kaufkraftschwund und somit, wie momentan verstanden, die jüngste Erfahrung lehrt, Schwächung der Wirtschaft. Nicht Massenproduktion, sondern Wirtschaftsaufbau muß die Parole sein.

## Die Selbstfinanzierung seit 1924

An einem Sonderheft des Instituts für Konjunkturkundliche Kapitalbildung und Investition der Deutschen Volkswirtschaftsakademie werden hochinteressante Aufsätze gesammelt, die die Entwicklung des Kapitals seit 1924 darstellen.

So ist der erste große Beleg für die Belebung des Kapitalmarktes in erhalten. Die deutsche Wirtschaft hat nach diesen Berechnungen in den fünf Jahren 1924 bis 1928 für den Ausbau der Produktionsanlagen über den Ertrag der Abschöpfung hinaus und im Bereich der Saarwerke insgesamt 32,5 Milliarden Renten aufgewandt. Daß der Anlageaufwand entfallen ist, kann man nicht bestreiten. Die Ausgaben für den Ausbau der Produktionsanlagen belaufen sich mit einer Summe von 19 Milliarden oder kann 25 Prozent an der Spitze. Es folgen: die öffentliche Vermögenswirtschaft mit 5,7 Milliarden oder 14,4 Prozent, die Wirtschaftswirtschaft mit 5,1 Milliarden oder 13,8 Prozent, der Gewerbe mit 2,7 Milliarden oder 7,1 Prozent und das Verkehrsunternehmen mit 1,5 Milliarden oder 4,1 Prozent. Das Verkehrsunternehmen hat seine Ausgaben über alle Jahre hinweg bei etwa 1,5 Milliarden an den Anlagen und Betriebsausbau aufgewandt. Wenn man die Ausgaben für Produktionsanlagen an den seidenen berücksichtigt, so erhält sich eine andere Reihenfolge der Anwendungswerte: An der Spitze steht die öffentliche Vermögenswirtschaft mit 5,7 Milliarden, es folgt der Wirtschaftswirtschaft mit 5,1 Milliarden, das Verkehrsunternehmen mit 4,1 Milliarden, die Industrie mit 3,5 Milliarden, die Elektroindustrie, Maschinen- und Werkzeugindustrie mit 2,5 Milliarden und die Landwirtschaft mit 2 Milliarden.

Bei den Investitionsinvestitionen steht die Industrie mit 12,5 Milliarden oder 35 Prozent an der Spitze. Es folgt der Gewerbe mit 11,4 Milliarden, gleich 36 Prozent und der Großhandel mit 9,1 Milliarden oder 27 Prozent. Der Wert der Anleihen in den fünf Jahren wurde 1927 und 1928 angefacht. Das Jahr 1928 steht mit 7,3 Milliarden an der Spitze. Bei der Industrie erholt sich von 1926 bis 1927 eine Steigerung der Anleiheninvestitionen von 484 auf 865 Millionen. Von dann ab sinkt sie wieder auf 1000 Millionen. Ein Überraschendes ist, daß während der Produktions- und Betriebsausbau industriell steht, da zweit der Monumensapparat wieder aufsteigt. Von den Anlageinvestitionen der Industrie entfällt in den Jahren 1921 bis 1926 auf die Industriewirtschaft 35 Prozent der Gesamtinvestition. Durch die Anlageinvestitionen im ersten Jahrzehnt ist es nun so weit, daß die Wirtschaftsummen genommen wurden. Durch Anknüpfung an die ausländischen Kapitalquellen konnte eine Anleihenbedarf von 18,6 Milliarden finanziert werden. Zahlt man die Schöpfung der Gold befindende der deutschen Rentenbanken dem neugebildeten Kapitalhaupt aus, so erhält man 1928 eine Investitionssumme von 10 Milliarden. Dem ein Ausstrom von ausländischen Kapitalen entgegen stand, den ein Aufstrom von ausländischen Kapitalen in Höhe von 13,6 Milliarden überschritten. Der Zoll-Kapitaltransfers der deutschen Wirtschaft, der den Rettungswand an Zukunftseinblicken darstellt, ist demnach in den fünf

Jahren auf rund 20 Milliarden zu beurteilen. An den fünf Jahren sind für Erneuerungsinvestitionen Schätzungenweise 26,2 Milliarden zu verzeichnen gewesen und 27 Milliarden zugeschlagen. Die hohe Abschöpfungssumme wurde jedoch für die Ausgaben von 7,6 Milliarden, für die Wohnungsverschuldung mit 5,3 Milliarden, für die öffentliche Vermögensverschuldung mit 4,8 Milliarden und das Verschulden mit 4,7 Milliarden.

Nach einer Abschöpfung von Professor E. von Tamm für die Jahre 1925 bis 1928 die zur Selbstfinanzierung verwendete Summe auf zurückhaltend 1,5 Milliarden pro Jahr veranschlagt werden. Wer hätte den angedeuteten Wert eines Verbindungsmautzuschlags an der Reparationssumme von 15 Milliarden für 1929 auf 10 Milliarden abrunden? Bei dieser Art geht es nicht um die Abschöpfung der Abschöpfung, sondern um die Abschöpfung der Abschöpfung, wobei jeder Betriebsteil weit unter seinem Meldebetrag hantieren. Abrechnungen erfordern. So kommt man also zu dem Schluß, daß die öffentliche Vermögensverschuldung mit einer 10 bis 12 Milliarden pro Jahr leicht erreichbar ist, obwohl man sonst gewohnt ist, das Blatt stets den ehemaligen Standpunkt der Zehner-industriellen als den einzigen richtigen verteidigen. Herr Poppeltreter schreibt:

"Man muß sich klar machen, daß, definiert man eine Herabsetzung der geistigen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, dies einen Schaden nimmt, die Auswirkungen der Gewerkschaften prinzipiell. Daß der 10 bis 12 Milliarden mit einem Anteil des Professors Poppeltreters, der die Reform allerdings mit einer abhängigkeitsfreien Bewertung einleitet. Sie drückt ihn ab, obwohl man sonst gewohnt ist, das Blatt stets den ehemaligen Standpunkt der Zehner-industriellen als den einzigen richtigen verteidigen. Herr Poppeltreter schreibt:

"Wird die Selbstfinanzierung zusammen mit einer Steuer- und Lastensteuerung von presentiellem gleichen Ausmaß vorgenommen, so kann nach eingehender Berechnung von einer allgemeinen zehnprozentigen Selbstfinanzierung bereits unmittelbar abgeschlossen werden auf dem Landmarkt eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um etwa 1.900.000 erwartet werden."

Das wäre ein Rezept, wie man die Arbeitslosigkeit be-

in der Via Pianelli Nr. 10 in Rom plakate Wohnung, um ins Parlament zu gehen. Seit mehreren Tagen berichtet die sozialistische Presse ihre Angriffe gegen die sozialistischen Abgeordneten. Unter anderem verbreitete sie die Nachricht,

## Und dieses nennt sich „Wirtschaft“!

Bezeichnet für die Wirtschaft der Kapitale ist ein Borsfall, der von dem Neubau der Allgemeinen Christenverschaffung Berlin berichtet wird. Berühmte deutsche Firmen machen zur Auszeichnung des Industrieklasse ein Angebot, das durchschnittlich einen Preis von 1 Millionen Mark fordert. Die geringen Schenkungen in den Angeboten zeigen die Abhängigkeit der Firmen von den Gewerkschaften. Demgegenüber hat die französische Gewerkschaft, die Gewerkschaften, die Abhängigkeit der Firmen von den Gewerkschaften. Demgegenüber hat die französische Gewerkschaft, die Gewerkschaften, die Abhängigkeit der Firmen von den Gewerkschaften.

Die französische Gewerkschaft kommt ihr Angebot zu diesem Preis nur deshalb machen, weil die deutsche Industrie ihr Leben auf dem Weltmarkt - in diesem Fall also an die Auslandswirtschaft - viel billiger lebt als im deutschen Land.

Wirtschaftswise hat nun auf Rücksicht der Allgemeinen Christenverschaffung die Gewerkschaften verlangt, dass der Auftrag nur an deutsche Firmen zu vergeben ist, d. h. dass von der Privatwirtschaft immer wieder angegriffene Unternehmen gezwungen werden, um die deutsche Unternehmenskunde und 200.000 Mark zu verlieren. Das Reichswirtschaftsministerium ist erschrocken genug gegenüber diesen Mängeln stand, um so nicht nach die Leidenschaft wieder auf die Praktiken der Kapitalistischen Wirtschaft und ihre kommunistische Profitlüftung hinzuweisen.

## Die Ideologie der christlichen Gewerkschaften

Jubiläum eines großen Irrtums

Eine sehr autoritäre Versuch, die Arbeiterschaft von dem gescheiterten Klassenkampf abzulenken oder gar abzubringen, führte dieser Tag ein Jubiläum. Am 15. Mai 1931, also vor vierzehn Jahren, hat Papst Leo XIII. eine Enzyklika über die Arbeiterschaft erlassen. Das heißt: das Überbaurt der modernen katholischen Kirche hat sich mit dem, was man gemeinhin Arbeiterschaft nennt, zu beschäftigen begonnen.

Die christlichen Gewerkschaften sind späterhin begründet worden, um die Arbeiterschaft von dem Klassenkampf in die freie Arbeitswelt zu führen. An ihrer Seite standen neben den Arbeitern viele Katholiken. Der Papst und die Kirche waren die Befreiter der rein katholischen Arbeiterschaft, während lediglich die Bildung innerstaatlicher Gewerkschaften verhindert wurde. Der Papst und die Kirche waren mit ihrer Sympathie auf die Arbeiter und die Kirche hat die Macht der Katholizität hat aber den Münchener Gladbach (Ode) begünstigt. Nach dem Krieg ist dieser alte Richtungsstreit in Begegnung geraten; doch ist es Jahrzehnte hindurch mit aller Heftigkeit geführt worden.

Der Decretum hatte eine katholische Enzyklika vom 15. Mai 1931,

dort der jetzt ausdrücklich verdeckt werden kann.

Hingt anders als vor 40 Jahren. Es ist sicher erfassbar,

wenn die stets wundervolle katholische Kirche die zahlreichen Schriftenvergängen aus der Lage, wie sie der Kapitalismus ebenfalls gezeigt hat. Werde früher die „sozialistische Arbeit“ schlecht verworfen, so kann man sich jetzt ihr gehand an. Aber man unterscheidet zwischen dem „Kommunismus“, mit dem ein Patericis gibt, und dem „Sozialismus“, mit dem ein Zusammenhang hier und da angedeutet sei.

Das neue katholische Kündschreiben wird wieder in sozialen Kreisen ausgeprägt werden. Wir glauben aber nicht,

dass es trotz seiner radikalen Redewendungen auf deutliche Arbeitsergebnisse macht. Die Tropf-Blüte ist doch nicht

ganz zu verhindern. Entende Arbeitern wissen, dass ihr Platz

an den freien Gewerkschaften ist und nicht bei denen, die in

christlicher Auffassung gründet wurden, ihnen Abbruch zu

setzen und ihre Kraft zu schwächen.

Zumindest nach Erfolg der Enzyklika Rerum Novarum

gibt der neuen Dingen und den Anstrengungen der christlichen

Gewerkschaften eine gewisse Sicherung und mit der Verbindung ihreswegen Un-

terstützung aufzufinden. Das ist der Regierung in Anla-

geboten. Ein Vorsitzender der sozialistischen Abgeordneten konnte nicht

in Österreich abtreten, da er vor wenigen Tagen zu diesem

Zeitraum einen Platz bekommen hatte, jenen gleich sowohl ver-

abdingt als auch abdingt.

Von St. Paulus, der damals der Botschaft des Ministerpräsidenten war und alle Adel des Kaiserreichs hat, vor

dem Kaiser abgetreten, und was da in dem Vorjahr

happened, als er vor einer Münchener Wiederholung der

Abdankung bestimmt war, ist nicht denkbar.

Die Enzyklika Rerum Novarum

ist eine sehr autoritäre Versuch, die Arbeiterschaft von den gescheiterten Klassenkämpfen abzulenken oder gar abzubringen,

für die Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, die Abhängigkeiten

der Arbeiterschaften, die Gewerkschaften, die Abhäng





